FS-12-001-2

Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in: Svenja Horn (KV Hamburg-Mitte)

Änderungsantrag zu FS-12

Von Zeile 1 bis 190:

~~Der russische Angriff auf die Ukraine ab dem 24. Februar 2022 markiert einen historischen Einschnitt für unsere Friedensordnung in Europa. Vladimir Putin zeigt uns mit diesem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in aller Deutlichkeit, welche Ziele er verfolgt: Er führt sein imperialistisches Machtstreben fort und will den Integrationsprozess in Europa zurückdrehen. Die freie, demokratische Lebensweise in unseren offenen Gesellschaften sieht er als Bedrohung der eigenen Machtbasis. Die auf dem Selbstbestimmungsrecht beruhende regelbasierte internationale Ordnung hat er aufgekündigt. Als Demokrat*innen verteidigen die Ukrainer*innen in diesem Krieg daher nicht nur ihr eigenes Territorium, sondern die Freiheit aller, die in Frieden und Freiheit, in Würde und einer multilateralen, auf Gleichberechtigung und dem Völkerrecht fußenden internationalen Ordnung leben wollen. Wir stehen in voller Solidarität an der Seite dieser mutigen Menschen und der Ukraine. Wir unterstützen sie entschlossen gegen die Aggression Russlands, die sich auch gegen uns selbst und unsere Art zu leben richtet. Ein Erfolg Putins wäre eine globale Ermutigung für das Recht des Stärkeren und ein Zurückdrängen der Stärke des Rechts.~~

~~Die Herausforderung, die Russland für uns bedeutet, nimmt das geeinte Europa an und leitet dringend notwendige Kurskorrekturen in der eigenen Politik ein. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten haben schnell, geschlossen und mit Klarheit auf die Aggression des Kremls reagiert. Wir haben Sanktionen erlassen und den Ausstieg aus russischen Fossilen beschleunigt. Wir leisten humanitäre Hilfe und stellen die unbürokratische Aufnahme von Geflüchteten sicher. Wir liefern Waffen und bilden ukrainische Soldat*innen aus. Wir haben die eigenen militärischen Kapazitäten gestärkt und den Schutz der Mitgliedsstaaten an den östlichen Grenzen gesteigert. Wir haben einstimmig für einen EU-Kandidatenstatus der Ukraine und Moldau gestimmt – und unterstützen die Aufnahme Finnlands und Schwedens in die NATO.~~

~~Der russische Angriffskrieg in der Ukraine führt uns vor Augen, wie fatal es ist, wenn wir uns von Autokraten und außenpolitisch aggressiven Akteuren abhängig machen. Und wir stellen fest, wie existentiell eine ausreichende zivile und militärische Wehrhaftigkeit ist. Deshalb liefern wir Waffen an die Ukraine und wollen das auch weiterhin verstärkt tun, wo nötig auch aus den Beständen der Bundeswehr und der Industrie. Zur Wehrhaftigkeit gehört auch unsere Mitgliedschaft in der NATO. Mit ihrer Beistandsverpflichtung garantiert sie als multilaterales Verteidigungsbündnis unverzichtbaren Schutz für die gemeinsame Sicherheit Europas und unserer Verbündeten.~~

~~Gleichzeitig werden wir von unseren tiefsten Überzeugungen als Friedenspartei nicht abrücken. Auch wenn militärische Mittel aktuell zur Verteidigung des Friedens und zur Solidarität mit den Menschen in der Ukraine unausweichlich sind, stehen wir im Sinne einer feministischen~~

Außenpolitik langfristig für die Prinzipien von Abrüstung und Demilitarisierung sowie den Vorrang des Zivilen ein. Feministischer Außenpolitik liegt die Überzeugung zugrunde, dass Geschlechtergerechtigkeit und gleichberechtigte Teilhabe Voraussetzungen für nachhaltigen Frieden und Sicherheit in der Welt sind. Unsere Bemühungen zur Stärkung von Initiativen zur atomaren Abrüstung und zur Rüstungskontrolle müssen wir gerade in diesen stürmischen Zeiten erhöhen. In unserem Streben nach einer Welt ohne Atomwaffen werden wir nicht nachlassen.

Die Erschütterungen durch den russischen Angriff sind global und vergrößern vielerorts das Leid von Millionen unschuldiger Menschen. Putins Aggression hat über einen drastischen Anstieg der Lebensmittel- und Energiepreise zu einer beispiellosen Ernährungs- und Versorgungskrise weltweit, insbesondere jedoch in den Staaten des Globalen Südens geführt.

Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen schätzt die Zahl der Menschen, die wegen fehlender Nahrungsmittel in Lebensgefahr oder Existenznot geraten, in diesem Jahr auf 323 Millionen. Davon sind 47 Millionen Menschen allein durch Russlands Krieg in der Ukraine hinzugekommen.

Diese Entwicklung verschlimmert die soziale und wirtschaftliche Situation gerade in den Staaten, die bereits durch die Klimakrise mit großen Versorgungskrisen zu kämpfen haben, und erhöht das Risiko interner Konflikte. Diesem perfiden Versuch Putins, die Weltgemeinschaft zu spalten, müssen wir mit verstärkter Kooperation zwischen den Demokratien und mehr multilateralem Engagement bei der Bewältigung der globalen Krisen entschieden entgegentreten – insbesondere in den Bereichen Klimaschutz und Energie, Ernährung und Konfliktbearbeitung. Denn die weltweite Sicherheit hängt nicht vom simplen „für oder gegen“ Russland und China ab, sondern von der Frage, wer das Völkerrecht und damit die Gleichberechtigung aller Staaten als Grundlage für die internationale Friedensordnung akzeptiert, respektiert und verteidigt; und welche Staaten stattdessen auf eine Politik des Großmachtstrebens setzen. Als Grüne treten wir entschlossen für die in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Prinzipien des internationalen Rechts ein. Wir werden es nicht zulassen, dass Freiheit durch Unterdrückung, Demokratie durch Diktatur und Würde durch Erniedrigung ersetzt werden.

Der Erhalt der internationalen Friedensordnung kann nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine nur dann gelingen, wenn wir uns klar auf die Prinzipien einer wertegeleiteten Außenpolitik sowie eines breiten, modernen Sicherheitsbegriffs verständigen – und auch danach handeln. Dieser Sicherheitsbegriff muss das Digitale zum Schutz unserer Demokratie vor Destabilisierungsversuchen von Staaten wie Russland umfassen. Und er muss die menschliche Sicherheit im Mittelpunkt haben. Grüne Friedenspolitik heißt, sich genau dieser Prinzipien immer wieder zu vergewissern, sie im Angesicht der Bedrohung der globalen Friedensordnung zu schärfen und sich in der Regierung für ihre Umsetzung einzusetzen.

Für menschliche Sicherheit und eine feministische Außenpolitik

Unser umfassender Sicherheitsbegriff bietet ein effektives Instrument zur Prävention und Bearbeitung von Konflikten und Krisen sowie zur Überwindung struktureller Gewalt. Wir denken dabei Sicherheit vom Menschen aus, der mit seiner Würde und Freiheit im Zentrum unserer Politik steht. Hierbei holen wir in Deutschland lange Versäumtes nach und nehmen auch vergleichsweise neue sicherheitspolitische Bedrohungen sehr entschlossen in den Blick. Die Stärkung der Menschenrechte, die Prävention von Krisen und das gewaltfreie Handeln im Umgang mit Konflikten stehen immer im Zentrum unserer Außen- und Sicherheitspolitik.

Ein zentraler Bestandteil unseres Verständnisses von Sicherheit ist auch eine feministische Außenpolitik. Sie steht für die Umsetzung der Menschenrechte aller, die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Überwindung struktureller Ungleichstellung marginalisierter Gruppen – beispielsweise von Indigenen, von Rassismus Betroffenen oder LSBTIQ* –, für die gerechte Verteilung von Macht und Ressourcen sowie ein Leben in Würde und Selbstbestimmung aller. Zahlreiche Forschungen belegen einen starken Zusammenhang zwischen Geschlechtergerechtigkeit und Frieden. Die Überwindung der vorherrschenden strukturellen Gewalt gegen Frauen und marginalisierte Gruppen ist Voraussetzung für nachhaltigen Frieden und umfassende menschliche Sicherheit. Unsere Außenpolitik und alle Politikfelder müssen daher in Kooperation mit feministischen Akteur*innen ausnahmslos und institutionell verankert intersektional-feministisch ausgerichtet werden.

Unser Handeln darf Konflikte nicht befördern oder anderen Staaten in ihrer nachhaltigen Entwicklung schaden. Deshalb setzen wir uns für die Entwicklung von ressortübergreifenden Mechanismen ein, durch die politische Vorhaben mit deutlichem Außenbezug vor deren Umsetzung auf ihre präventionsfördernde und krisenverschärfende Wirkung hin überprüft werden können.

Mittel für zivile friedensfördernde Maßnahmen – beispielsweise im Rahmen der zivilen Krisenprävention, partnerschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit, humanitärer Hilfe oder zivilgesellschaftlicher Kooperationen wie Austauschprogrammen und dekolonialen Initiativen – müssen gerade angesichts der aktuellen Weltlage umfassend und adäquat aufgestockt werden. Dies gilt auch für Frühwarnsysteme für Konflikte und gestärkte Analysefähigkeit. Durch solche zivile Maßnahmen können strukturelle Marginalisierungen, Konflikte und damit menschliches Leid in ihrer Intensität langfristig reduziert oder gar verhindert werden. Dies führt zu nachhaltiger Stabilisierung und einer Verbesserung der Menschenrechtslage in den betroffenen Staaten und Regionen.

In akuten Konflikten und Notsituationen müssen wir schließlich versuchen, durch rasche humanitäre Hilfe die dringendsten Sicherheitsbedürfnisse der Betroffenen zu erfüllen. Das Engagement für Geflüchtete aus der Ukraine sowie die zügige und umfangreiche Bereitstellung von humanitärer Hilfe in der Ukraine selbst sind dafür gute Beispiele. Das System der humanitären Hilfe ist aktuell jedoch finanziell und institutionell überfordert. Wir setzen uns international für eine Reform und bessere Finanzierung des humanitären Systems ein. Auch bei der Eindämmung der von Russland massiv verschärften Ernährungskrise hilft die Bundesregierung mit umfangreichen akuten Nahrungsmittelhilfen, der Bekämpfung von Dürren oder der Unterstützung ukrainischer Getreideexporte durch den Aufbau alternativer Transportwege. Dabei ist es wichtig, dass wir die weltweite Ernährungskrise mit Klimaschutz und Biodiversität zusammen denken. Langfristig können wir die Ernährung der Weltbevölkerung nur sichern, wenn wir entschlossen gegen die Klimakrise und den Biodiversitätsverlust vorgehen.

Die größte Herausforderung für die menschliche Sicherheit in unserer Zeit ist und bleibt die Klimakrise. Sie bedroht das Leben von Millionen von Menschen sowie Frieden und Stabilität weltweit. Globaler Klimaschutz verhindert daher nicht nur Konflikte mit all ihren negativen Folgen. Fossile Energieträger, die uns in die Klimakatastrophe führen, setzen uns im Umkehrschluss auch in Abhängigkeit von autokratischen und imperialistischen Akteur*innen, wodurch unsere wirtschaftlichen und politischen Handlungsspielräume massiv eingeschränkt werden. Klimaschutzpolitik ist Friedens- und Sicherheitspolitik. Deshalb müssen wir die

Transformation hin zur Klimaneutralität noch verbindlicher und energischer vorantreiben – in Deutschland und weltweit. Auch wenn uns der russische Angriff auf die Ukraine dazu nötigt, neben dem nun noch schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien vorrübergehend vermehrt auf fossile Energieträger zurückzugreifen, ist klar, dass dies nur dazu dienen kann, die Zeit zu überbrücken, bis wir die Abhängigkeit von russischem Gas beendet haben. Der 1,5-Grad-Pfad ist und bleibt Richtschnur unseres Handelns.

Starke Abhängigkeiten beim Import von Rohstoffen und Bauteilen, aber auch das blinde Vertrauen auf vermeintlich störungsfreie Lieferketten gefährden unsere ökonomische Sicherheit und damit auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Wir schreiben kollektive Sicherheit groß; gerade unsere Bündnisse und Partnerschaften haben uns in den letzten Jahren den historisch einzigartigen Frieden in Europa gebracht. Dazu gehört die Bündnis- und Europafähigkeit der Streitkräfte. Als Partei haben wir in unserer Geschichte gelernt, dass in einzelnen Fällen die Unterlassung militärischen Beistands zu weit größerem Leid führen kann. Die Anwendung militärischer Gewalt bleibt Ultima Ratio. Militär bringt niemals die Lösung, aber es schafft manchmal Zeitfenster, in denen Konflikte im Rahmen einer regelbasierten Weltordnung politisch gelöst werden können. Im Sinne der menschlichen Schutzverantwortung der Vereinten Nationen verpflichten wir uns, Menschen vor schwersten Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Dabei wenden wir eine Kombination aus Maßnahmen zur Krisenprävention, Krisenreaktion und Krisennachsorge bzw. Wiederaufbau an.

Angesichts unseres umfassenden Sicherheitsbegriffs reicht ein Sondervermögen für die Bundeswehr allein nicht aus. Wir setzen uns daher weiterhin für den Ausbau der Kapazitäten für zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, Diplomatie und humanitäre Hilfe, die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sowie für Stabilisierung und Entwicklungszusammenarbeit ein. Das Sondervermögen für die Bundeswehr schafft jedoch notwendige Finanzspielräume, die es dringend braucht, damit die Bundeswehr ihren Beitrag zur Landes- und Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO besser und unter neuen Vorzeichen auch schneller leisten kann, ohne dass die Mittel im Haushalt für den notwendigen ökologisch-sozialen Umbau unserer Gesellschaft fehlen.

Zur notwendigen Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit gehören auch Maßnahmen zur Cybersicherheit, die Ertüchtigung von Partnerstaaten und der Zivilschutz. Eine ausreichende Bereitstellung von entsprechenden Mitteln aus dem Bundeshaushalt ist hierfür von großer Wichtigkeit. Besonders gilt es, die nachhaltige Stärkung der Resilienz unserer Gesellschaft in den Blick zu nehmen.

Zurecht wurde in den vergangenen Jahren immer wieder eindringlich auf die Notwendigkeit hingewiesen, als Rechtsstaat und wehrhafte Demokratie insbesondere dem aggressiven Agieren Russlands im Digitalen entschlossen zu begegnen. Hier sind große Defizite entstanden, die nun angegangen werden müssen. Dies betrifft insbesondere die Bekämpfung von Russlands Unterstützung extremistischer Kräfte in demokratischen Staaten sowie von bewusst lancierter Desinformation mit dem Ziel, demokratische Gesellschaften zu spalten. Auch die Abwehr weitreichender IT-Angriffe auf Einzelpersonen, Unternehmen und demokratische Institutionen gehört dazu. Es braucht deshalb jetzt eine konsequente Um- und Durchsetzung des Digital Services Act.

Die zahlreichen, im Koalitionsvertrag verankerten Projekte zur Stärkung von Resilienz gilt es, schnellstmöglich umzusetzen. Dazu gehört unser Einsatz für unabhängige, gut ausgestattete

~~Aufsichtsbehörden sowie für die stärkere Verzahnung der verschiedenen zivilen Akteur*innen aus den Bereichen IT-Sicherheit (u.a. das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, BSI) und Zivilschutz (u.a. das Bundesamt für Bevölkerungsschutz, BBK). Das große gesellschaftliche Knowhow in diesem Bereich sollte dabei sehr viel stärker als bisher eingebunden werden, bspw. durch die Schaffung eines beim Technischen Hilfswerk (THW) angesiedelten „Cyberhilfswerks“.~~

~~Freier und offener Software sowie einer von monopolartigen Strukturen unabhängigen Verwaltung kommt eine immens wichtige Bedeutung zu. Einrichtungen wie das Zentrum für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS) müssen weiter gestärkt werden. Insgesamt müssen wir bei der IT-Sicherheit von einem rein reaktiven Vorgehen wegkommen, das erst greift, wenn Angriffe erfolgreich waren und diejenigen noch bestraft, die Opfer wurden. Stattdessen müssen wir proaktiv in die Härtung digitaler Infrastrukturen investieren und hierbei beste IT-Sicherheitstechnik zum Standard machen. Diejenigen, die von sich aus in gute IT-Sicherheit investieren wollen, müssen staatlicherseits sehr viel stärker als bisher auch finanziell unterstützt werden, zum Beispiel durch vereinfachte Abschreibungsmodalitäten oder Steuererleichterungen. Schließlich ist es geboten, den staatlichen Handel mit Sicherheitslücken schnellstmöglich zu beenden. Denn werden solche Lücken nicht konsequent innerhalb eines rechtsstaatlichen Verfahrens geschlossen, stehen sie immer auch kriminellen Dritten und den Geheimdiensten nicht befreundeter Staaten offen.~~

~~Nur wenn wir Sicherheit in dieser Breite denken, können wir es erfolgreich mit den enormen friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit aufnehmen. Dieses breite Verständnis von Sicherheit sollte sich auch in der Nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesregierung widerspiegeln, mit der sie die konzeptionellen Voraussetzungen für eine Sicherheitspolitik der Zukunft schaffen möchte.~~

„Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzen.“ (Albert Einstein, 1932)

Der seit über einem halben Jahr andauernde Krieg in der Ukraine ist das Ergebnis der höchst fahrlässigen Vernachlässigung aktiver Abrüstungs- und Friedenspolitik zugunsten einer schleichenden Re-Militarisierung in Europa über die letzten Jahrzehnte. Die erforderliche Zeitenwende besteht für uns als Grüne darin, unsere Grundsätze mit neuer Entschiedenheit zu realisieren und damit – aus der Parteibasis wie in Regierungsverantwortung – zu einem sofortigen Ende des Krieges in der Ukraine durch diplomatische Initiativen beizutragen.

Kriege weltweit dienen dem globalen Vormachtstreben einiger weniger – spätestens seit den Aussagen des ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler zur deutschen Beteiligung am Afghanistan-Krieg liegt diese Politik offen. Inzwischen ist sie endgültig gescheitert: Von der Dominanz des „westlichen Blocks“ wenden sich zunehmend Staaten ab und bilden neue Bündnisse. In diesem Gefüge muss Deutschland seine Rolle neu bestimmen. Unsere Verantwortung besteht dabei im Gegensatz zum neuerdings wieder beschworenen (militärischen) Führungsanspruch in dem Erfordernis, als Gleiche unter Gleichen durch Verständigung, Diplomatie und insbesondere durch Abrüstungsinitiativen zu wirken. In Konsequenz aus der deutschen Geschichte ergibt sich auch eine besondere Verantwortung gegenüber allen Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Echte Freiheit und gegenseitiger Respekt gelingen dann in solidarischer Entwicklung weltweit.

Wir stehen zu unserem Grundkonsens von 1993: „Wir streben eine ökologische, soziale und solidarische sowie tolerante Weltordnung an, in der es keine wirtschaftlichen und weltanschaulichen Motive für die gewaltsame Austragung von Konfikten mehr gibt, in der jeder Militarismus geächtet wird und in der die erforderlichen Grundlagen für zivile, nichtmilitärische Formen der Konfiktbewältigung, der Rechtswahrung und der Friedenssicherung gegeben sind. Internationale Konfiktregelungen zur Abschaffung des Krieges bedürfen einer demokratisch reformierten UNO. Wir stellen uns nicht nur gegen physische und psychische Gewalt gegen Kinder, Frauen und AusländerInnen. Wir stellen uns ebenso gegen eine die Menschenwürde verletzende publizistische Gewalt. Wir wenden uns gegen alle Formen struktureller Gewalt, der weltweit in Form ökonomischer Ausbeutung und politischer Unterdrückung Menschen zum Opfer fallen. Die Ethik der Gewaltfreiheit ist eine Ethik der Erhaltung und Entfaltung des Lebens.“

.

Für menschliche Sicherheit und eine feministische Außenpolitik

Wir denken Sicherheit vom Menschen aus, der mit seiner Würde und Freiheit im Zentrum unserer Politik steht. Die Stärkung der Menschenrechte, die Prävention von Krisen und das gewaltfreie Handeln im Umgang mit Konflikten stehen immer im Zentrum unserer Außen- und Sicherheitspolitik.

Unserem Handeln legen wir die Ablösung des auf militärischem Denken basierenden und vom (National-)Staat ausgehenden Sicherheitsbegriffs durch das im Rahmen der Vereinten Nationen entwickelte Primat menschlicher Sicherheit zu Grunde. Es umfasst Menschenrechte, den Zugang zu Bildung und Gesundheit und die Entfaltung der Potentiale jeder:s Einzelnen. Die untrennbaren Bestandteile menschlicher Sicherheit sind „Freiheit von Not, Freiheit von Angst und die Freiheit künftiger Generationen, eine gesunde natürliche Umwelt zu erben“ (UN-Generalsekretär Kofi Annan im Jahr 2000).

Die natürlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Ressourcen der Welt so zu nutzen, dass jeder Mensch sich bestmöglich entfalten kann, ist gleichzeitig die beste Prävention kriegerischer Auseinandersetzung und unmittelbare Realisierung von Frieden. Die institutionelle Verankerung dieser Aufgaben in den Vereinten Nationen und ihren Zielen für nachhaltige Entwicklung sind ein großer Erfolg. Um diese Chance zu nutzen und die Ziele der Agenda 2030 in den kommenden acht Jahren zu erreichen, verstärken wir unser Engagement für eine gerechte Ressourcenverteilung weltweit sowie für die nur in globaler Kooperation zu bewerkstelligende Energiewende (1,5-Grad-Ziel).

Militarismus steht dem in mehrfacher Hinsicht im Weg: Konkret fehlen die 2.113 Milliarden Dollar, die laut SIPRI 2021 für das Militär ausgegeben wurden beim Erreichen der UN-Nachhaltigkeitsziele. (1) Mittelbar bedeutet eine verstärkte Gewichtung des Militärischen und die Reaktivierung einer Abschreckungslogik des Kalten Krieges mentale Kriegsvorbereitung. Wir halten daher an unserer Ablehnung des NATO-2%-Ziels fest. Kulturpolitisch wollen wir den preußisch-deutschen Militarismus mit seinen Folgen in zwei von deutschem Boden begonnenen Weltkriegen verstärkt aufarbeiten und nationalen Feindbildern durch die Förderung ziviler Austauschprogramme (insbesondere in Bildung und Kultur) entgegenwirken.

Das Ziel einer Welt, in der alle in Frieden und Sicherheit leben können, lässt sich erreichen, wenn wir mit allen Kräften daran arbeiten. Es erfordert Mut und Ausdauer und lässt sich angesichts der aktuellen globalen Ungleichheiten und bestehenden Waffenarsenale nicht über Nacht verwirklichen. Neben Maßnahmen zur Prävention gewaltsamer Auseinandersetzungen ist daher von Bedeutung, im Krisenfall zivilisierend zu agieren. Im Bewusstsein der besonderen Lage und Verantwortung Deutschlands besteht unsere außenpolitische Strategie in der Leistung humanitärer Hilfe vor Ort sowie bei der Aufnahme von Vertriebenen, in der Unterstützung desertierender Soldat:innen aller Armeen sowie in einer Vorreiterrolle für das Ergreifen diplomatischer Initiativen. Dabei sind wir desto glaubwürdiger, je weniger wir uns selbst zur Kriegspartei machen und im Rahmen der Vereinten Nationen und ihrer Verträge handeln.

In diesem Sinne muss „Resilienz“ stets eine kooperative Strategie der Zivilisierung und Entwicklung bedeuten und sich von fatalistischen Konzepten der Abschottung im Zuge einer Abschreckungslogik klar unterscheiden. Beispielsweise bedeutet das den Ausbau des zivilen Katastrophenschutzes und den Rückzug der Bundeswehr aus dem Aufgabenbereich des Technischen Hilfswerks. Auch IT-Sicherheit ist nicht durch die gefährliche Infiltration „feindlicher“ Systeme zu erreichen. Stattdessen bietet der vermehrte Einsatz von Open Source und die Entkriminalisierung zivilgesellschaftlicher Arbeit zur Auffindung von Sicherheitslücken als kooperationsbasierte Herangehensweise Chancen.

Nur wenn wir Sicherheit in dieser Breite denken, können wir es erfolgreich mit den enormen friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit aufnehmen. Dieses breite Verständnis von Sicherheit sollte sich auch in der Nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesregierung widerspiegeln, mit der sie die konzeptionellen Voraussetzungen für eine Sicherheitspolitik der Zukunft schaffen möchte.

.

Von Zeile 192 bis 267:

~~Die Europäische Union ist unsere Garantie für Frieden – ihr Versprechen wollen wir erneuern. Sie hat als Raum der Sicherheit und Freiheit, der Demokratie und des Rechts weiterhin eine große Strahlkraft. Sie ist Leitstern für Demokrat*innen in der Westbalkanregion, in der Ukraine, in Moldau, in der Türkei, in Georgien, Belarus und für viele Menschen in anderen Ländern. Sie bleibt Hoffnungsträgerin für die Zusammenarbeit und Partnerschaften mit den Zivilgesellschaften, die sich überall auf der Welt für Menschenrechte einsetzen und sich ein Leben frei von Unterdrückung, Korruption und Willkür wünschen. Eine starke und handlungsfähige EU ist unser zentraler und unverzichtbarer Referenzrahmen für die Verteidigung unseres internationalen Zusammenlebens, für den Schutz von Menschen weltweit, aber auch für die vielen globalen Konflikte und Krisen, deren Bewältigung unser Ziel sein muss.~~

~~Wir begrüßen den neuen EU-Beitrittskandidatenstatus für die Ukraine und die Republik Moldau sowie die Beitrittsperspektive für Georgien. Wir wollen diese Staaten, genau wie die verbleibenden Länder des Westbalkans, mit neuem Engagement auf ihrem Weg in die EU unterstützen.~~

~~Die Europäische Union reagiert und agiert in der Krise gemeinsam und mit Stärke. Wir sehen jedoch auch, dass wir jetzt keine Zeit verlieren dürfen, diese Stärke weiter auszubauen, um die Souveränität der EU voranzubringen und die auf den Prinzipien der UN-Charta basierende internationale Ordnung zu verteidigen. Die EU ist nun gefordert, ihr Friedensversprechen zu~~

erneuern – und die Demokratie und den Frieden in ihrer direkten Nachbarschaft entschieden zu verteidigen.

Wir stehen im gesellschaftspolitischen und systemischen Wettbewerb mit den autokratischen, demokratieverachtenden und das Recht des Stärkeren verherrlichenden Regimen unserer Zeit. Angesichts dieser Herausforderungen brauchen wir eine handlungsfähigere EU. Deshalb gehört die Intensivierung der geplanten EU-Erweiterungen verbunden mit institutionellen Reformen zu den jetzt anstehenden Aufgaben. Damit können wir angesichts des fortschreitenden Krieges gewährleisten, dass unsere Sicherheit ebenso gewahrt bleibt wie die politische und wirtschaftliche Stabilität der EU. Die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf diese Faktoren müssen wir im Blick haben. Auch deshalb müssen wir die negativen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges für die Menschen in Deutschland und der EU bestmöglich abfedern.

Die durch breite Bürgerbeteiligung erzielten Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas liefern für die Reform der EU wichtige Anstöße, die wir weiterverfolgen wollen: Energieunabhängigkeit, mehr Investitionen in engagierten Klimaschutz, eine bessere IT-Sicherheit und erhöhte Resilienz unserer Gesellschaften, strategische Souveränität, Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik, mehr integrierte gemeinsame Streitkräfte zur Selbstverteidigung, ein Initiativrecht für das EU-Parlament sowie der Schutz und Ausbau von Rechtsstaatlichkeit – all das sind konstruktive Vorschläge für eine handlungsfähigere und strategisch souveränere EU. Sie gilt es nun, ernsthaft zu prüfen, weiterzuentwickeln und entschlossen voranzubringen.

Die Tür für eine Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union muss für alle Staaten mit Beitrittsperspektive offen bleiben. Hebel der EU für tiefgreifende Reformen in den Kandidatenländern dürfen nicht aus der Hand gegeben werden. Und auch die bewährten Institutionen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa stehen nicht zur Disposition: Vielmehr gilt es für die EU, auch vor dem Hintergrund des künftigen Jubiläums der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Geist und Wort der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris zu bekräftigen.

Die EU ist nach außen vor allem dann glaubwürdig, wenn sie die Integrität unserer Werte und Normen auch nach innen schützt. Wir wollen die europäische Rechtsstaatlichkeit etwa durch eine Rechtsstaatskommission oder eine Europäische Staatsanwaltschaft stärken und den Anwendungsbereich der EU-Grundrechtecharta auf nationales Recht ausweiten, damit alle EU-Bürger*innen die gleichen einklagbaren Grundrechte erhalten. Der Abbau von Grundrechten und
-freiheiten darf weder belohnt noch ignoriert werden. Wir begrüßen daher die überfällige Aktivierung des Konditionalitätenmechanismus als eines der Instrumente zum Schutz der europäischen Rechtsstaatlichkeit, das konsequent angewendet werden muss. Effektive Instrumente zum Schutz der Grundprinzipien der EU sind heute – neben institutionellen Reformen – umso wichtiger, als dass der russische Angriffskrieg das entschiedene Vorgehen gegen Rechtsstaats- und Demokratiedefizite einiger EU-Länder erschweren könnte, wenn einstimmige sicherheitspolitische Entscheidungen der EU-Mitgliedsstaaten notwendig sind. Deshalb gilt es, den Moment zu nutzen, und mutig und entschlossen die Handlungsfähigkeit der EU auszubauen – zur Not auch, indem im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit einzelne Staaten gemeinsam vorangehen.

~~Zur Glaubwürdigkeit der EU gehört auch ein menschenrechtskonformer Umgang mit Geflüchteten an den EU-Außengrenzen. Wir treten weiterhin für eine europäisch getragene und staatlich koordinierte Seenotrettung ein. Einer Zusammenarbeit mit in Menschenrechtsverletzungen involvierten Akteur*innen in der europäischen Nachbarschaft sowie der Kriminalisierung von Seenotretter*innen stellen wir uns entgegen. Pushbacks nationaler Grenzpolizeien oder ihre Unterstützung bzw. Duldung durch die europäische Grenzschutzbehörde Frontex darf es in der EU nicht geben. Verstöße müssen lückenlos und transparent aufgeklärt sowie konsequent geahndet werden. Mit Blick auf die in der EU ankommenden Menschen treten wir im Sinne einer fairen Verantwortungsteilung für eine Weiterentwicklung des Malta-Mechanismus ein.~~

~~Der unbürokratische Umgang mit den ukrainischen Geflüchteten in der EU ist beispielhaft und zeigt, dass es auch anders gehen kann. Massenlager und humanitäre Notlagen an den Außengrenzen konnten trotz der hohen Zahl an Geflüchteten verhindert werden. Die in dieser Notsituation angewendeten Lösungsansätze müssen für die zukünftige EU-Migrationspolitik eine Blaupause sein. So überwinden wir endlich die Ungleichbehandlung von Schutzsuchenden.~~

Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs im Mai 1944 verfassten Vertreterinnen und Vertreter des antifaschistischen Widerstands unter anderem aus Italien, Frankreich und Deutschland eine „Deklaration über die europäische Zusammenarbeit“ für ein demokratisch geeintes Europa. Die Aussicht auf Frieden und Wohlfahrt für den gesamten Kontinent gründete auf der Absicht, dass „das Leben der Völker (...) auf die Achtung der Person, der Sicherheit, die soziale Gerechtigkeit, die umfassende Nutzung der wirtschaftlichen Hilfsquellen zugunsten der Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit und die autonome Entfaltung des nationalen Lebens begründet sein muß.“

Auch die Genfer Konvention ist vor dem Hintergrund dieser Geschichte einzuhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass sämtliche Einschränkungen ihrer Geltung gemäß ihrem ursprünglichen Sinn korrigiert werden, die in Deutschland insbesondere durch Druck von Rechtsextremen im Verbund mit Konservativen in der Regierung (mit dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen und dem „Asylkompromiss“ von 1993 als Tiefpunkt) durchgesetzt wurden.

Mit der Beilegung der historischen deutsch-französischen „Erbfeindschaft“ im Bewusstsein notwendiger europäischer Zusammenarbeit nach 1945 war ein beispielgebender Schritt für die Entwicklung eines relativen Friedens (gemessen an jahrhundertelanger hoher Kriegsdichte) in Europa genommen. Daraus lässt sich für ein tatsächlich friedliches Europa heute lernen: Gegen Nationalismus und entsprechend konstruierte Feindbilder („der barbarische Russe“, „der faule Grieche“) brauchen wir eine neue Qualität der Völkerfreundschaften. Hierfür notwendige Grundlage ist der Ausbau der OSZE als wichtigsten Organisation gesamteuropäischer Verständigung als Herzstück einer neuen europäischen Friedensordnung der kollektiven gegenseitigen Sicherheit.

Mit der Charta von Paris (1991) greifen die Bevölkerungen Europas die Ambition der Schaffung eines friedlichen, freundschaftlichen und kooperativen Europas nach Beendigung des Kalten Krieges auf und bekräftigen sie. Es soll ein Europa entstehen, indem das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas [..] zu Ende gegangen (ist)“, indem sich „unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden.“ Allein Frieden vermag den Fortschritt der Menschheit zu ermöglichen, der allen Ländern zugutekommen soll. Eine Ausweitung des kulturellen und wissenschaftlichen Austausches – insbesondere mit den

Ländern Osteuropas – streben wir an.

Ein solidarisches Europa ist längst möglich. Die massive soziale Ungleichheit zwischen den einzelnen Ländern Europas heben wir zugunsten kooperativer Beziehungen der Bevölkerungen auf Augenhöhe auf, indem wir die marktwirtschaftliche Ausrichtung der europäischen Zusammenarbeit im Interesse der großen Unternehmen und Banken überwinden. Der tagtäglich von uns geschaffene Reichtum soll künftig für Investitionen in eine vollumfängliche soziale Daseinsvorsorge für alle, die Schaffung persönlichkeitsentwickelnder Kultur- und Bildungseinrichtungen und die Umsetzung der Energie- und Verkehrswende zur produktiven Entwicklung eines europäischen Gemeinwesens genutzt werden.

Von Zeile 269 bis 367:
Globale Zusammenarbeit ist angesichts globaler Herausforderungen so notwendig wie nie. ~~Gleichzeitig wird Kooperation im Angesicht multipler Krisen schwieriger; die Welt droht an globaler Governance zu verlieren. Wir müssen deshalb bestehende Kooperationsansätze europäisch denken, stärken und weiterentwickeln.~~Die Vereinten Nationen bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des Multilateralismus. Die UN-Institutionen versorgen weltweit Millionen Geflüchtete. Sie stellen Bildungsmöglichkeiten, Nahrung und Gesundheitsleistungen zur Verfügung. Sie vermitteln in Kriegen und Konflikten. Und sie sind der Rahmen, in dem die wichtigsten multilateralen Abkommen verhandelt werden. Wir wollen die Rolle der Vereinten Nationen stärken. Die Orientierung an diesem obersten demokratischen Gremium der Weltgemeinschaft soll daher auch in der Politik der Bundesregierung künftig mehr Gewicht erhalten: Wir setzen uns in der deutschen Bundesregierung dafür ein, den Appell zu einem Globalen Waffenstillstand zu befolgen, den UN-Generalsekretär António Guterres zu Beginn der Corona-Pandemie ausgesprochen hat. Damit ziehen wir auch Konsequenzen daraus, dass deutsche Waffen und Militärausrüstung eine der schwersten humanitären Krisen unserer Zeit, den Krieg im Jemen, befeuert haben.

In den Vereinten Nationen wurde der völkerrechtswidrige Krieg gegen die Ukraine klar verurteilt. Mit dieser Mehrheit besteht jedoch bei weitem kein Einverständnis für die Antwort der USA und der EU, die in massiver militärischer Aufrüstung und Wirtschaftssanktionen besteht. Im Gegenteil ergibt sich aus der gemeinsamen Verurteilung des Völkerrechtsbruchs im Sinne des Multilateralismus die Möglichkeit von gemeinsamen diplomatischen Anstrengungen, die insbesondere von bedeutenden Politiker:innen vieler Länder des Globalen Südens eingefordert werden.

Die Positionierung der über 40 % der Weltbevölkerung umfassenden BRICS-Staaten für Diplomatie statt Waffen und Sanktionen im Ukraine-Krieg und die Unstimmigkeiten im G20-Bündnis zeigen auch auf, dass der Vormacht-Anspruch der USA grundsätzlich nicht mehr geteilt wird. Wir wollen dies als Chance nutzen, die Rolle Deutschlands in der Weltordnung neu – in Kooperation auf Augenhöhe und im Geiste der Brüderlichkeit mit anderen Nationen – zu bestimmen. Militärische Führungsansprüche Deutschlands gehören endgültig der Vergangenheit an.

Die NATO ist als einzig verbleibendes der beiden Militärbündnisse, die den Kalten Krieg bestimmten, eine Institution der von vielen bereits überkommen geglaubten Blockkonfrontation zwischen Ost und West. Das neue Aufflammen dieser Konfrontation erinnert an die für die

Menschheit gefährlichsten Zeiten des Kalten Krieges und birgt das unhaltbare Risiko eines vernichtenden Atomkriegs – ein Risiko, das längst aus der Welt geschaffen sein könnte. Dies führt uns in neuer Dringlichkeit die Notwendigkeit einer Perspektive des langfristigen Zurücktretens der NATO gegenüber den Vereinten Nationen als der Institution des Multilateralismus vor Augen. Darüber, wie dies konkret gelingen kann, eröffnen wir die Debatte innerhalb der Partei und mit Organisationen der Friedensbewegung.**Gegen die Herausbildung von Autokratien: Weltordnung demokratisieren!**Um künftig die produktive, demokratische Entwicklung aller Länder zu befördern, braucht es lebendige, souveräne Zivilgesellschaften allerorts.

Insbesondere die USA haben in den vergangenen Jahrzehnten zivilgesellschaftliche Bewegungen in zur Wahrung der Interessen großer Unternehmen in vielfacher Hinsicht bekämpft. So griffen die USA beispielsweise in den Vietnamkrieg (1955-1975) ein, nachdem Frankreich im Kampf mit der vietnamesischen antikolonialen Befreiungsbewegung gescheitert war. Vietnam sollte unter westlichem Einfluss bleiben, um es zum „Bollwerk gegen den Kommunismus“ zu machen und wirtschaftliche Ausbeutung auch in Zukunft garantieren. Große US-amerikanische Öl-Unternehmen wie „Standard Oil“, „Gulf“ und „Union Oil“ spekulierten auf eines der weltweit größten Ölvorkommen.

Die USA begründete die Notwendigkeit des Krieges gegen Vietnam mit dem Kampf für Freiheit, Demokratisierung und die Realisierung der Menschenrechte, um ihre machtpolitischen, ökonomischen Interessen zu verschleiern. Wir wenden uns gegen Instrumentalisierung der Menschenrechte für den Krieg und wollen über entsprechende Zusammenhänge aufklären.

Wir setzen uns für eine weitreichende Demokratisierung der Wirtschaft, den Ausbau internationaler wirtschaftlicher Kooperation auf Augenhöhe und eine umfassende Beschränkung der Einflussnahme großer Unternehmen ein, sodass das Gewaltverbot der UN-Charta und die Souveränität eines jeden Staates gewährleistet sind und sich alle Zivilgesellschaften in internationaler Kooperation vollumfänglich entfalten können. Auch die Weitergabe wissenschaftlicher Erkenntnis durch die Freigabe von Patenten trägt hierzu entscheidend bei.

~~Die NATO ist gerade in dieser neuen Zeit eine unverzichtbare Akteurin für unsere Sicherheit. Das Zusammenrücken angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine darf jedoch nicht über Spannungen innerhalb des Bündnisses hinwegtäuschen. Es gilt, den demokratischen europäischen Pfeiler in der neuen, erweiterten NATO zu stärken. Die transatlantische Partnerschaft mit den USA bleibt dabei zentraler Stützpfeiler. Doch diese Stärke hängt auch von der weiteren innenpolitischen Entwicklung der US-Demokratie ab. Auch sind die wiederholten völkerrechtswidrigen Interventionen der Türkei gegen die Kurd*innen in Syrien und im Irak wie auch der Abbau der eigenen Rechtsstaatlichkeit mit dem Anspruch der NATO als Wertebündnis nicht vereinbar.~~

~~Die Vereinten Nationen bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des Multilateralismus. Wir wollen sie weiter stärken und schützen. Die UN-Institutionen versorgen weltweit Millionen Geflüchtete. Sie stellen Bildungsmöglichkeiten, Nahrung und Gesundheitsleistungen zu Verfügung. Sie vermitteln in Kriegen und Konflikten. Und sie sind der Rahmen, in dem die wichtigsten multilateralen Abkommen verhandelt werden. Gleichzeitig sind sie schon lange reformbedürftig. Der Sicherheitsrat ist infolge des Missbrauchs des Vetorechts insbesondere durch Russland und China in vielen zentralen Fragen blockiert, was eine konstruktive~~

Bearbeitung von Konflikten etwa in Libyen oder im Jemen, in Afghanistan oder Syrien erheblich erschwert – und zu teils schwerem menschlichem Leid führt. Als Antwort auf diese Blockade hat die UN-Generalversammlung mit der Verurteilung des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine durch 141 Mitglieder gezeigt, wozu sie im Krisenfall durch Kooperation in der Lage ist.

Wir unterstützen Reformideen und Mechanismen wie die in der Resolution 377 der UN-Generalversammlung „Uniting for Peace“ festgeschriebene Möglichkeit, im Fall einer Blockade Empfehlungen für Kollektivmaßnahmen an seine Mitglieder auszusprechen. Die Beschlüsse der Generalversammlung verleihen notwendigen Maßnahmen auch im Fall eines Vetos durch ein Sicherheitsratsmitglied Legitimation. Deutschland muss im EU-Rahmen ein Mittler und ein verlässlicher Geldgeber der Vereinten Nationen sein. Zudem muss es sich verstärkt an Blauhelm-Missionen der UN beteiligen. Auch in den Vereinten Nationen muss die gemeinsame europäische Stimme stärker werden.

Die EU muss global als Friedensmacht Verantwortung übernehmen. Vor allem, wenn die Vereinten Nationen blockiert sind, muss sie für die Wahrung der Allgemeinen Menschenrechte, die UN-Konventionen sowie die Paris-Deklaration und die Agenda 2030 in möglichst transparenten und inklusiven internationalen Zusammenschlüssen agieren. Dazu zählen zum Beispiel die G-7 und G-20, die NATO, das transatlantische Bündnis und themenspezifische Allianzen. Die Bildung flexibler Koalitionen und Allianzen sollte aber auch in bestehende Partnerschaften und Kooperationsformate eingebettet sein (z.B. AU-EU-Partnerschaft, Allianz für Multilateralismus) und offen gestaltet werden.

Autokraten entschieden begegnen

Von autokratischen Staaten und Bewegungen gehen weltweit Gefahren für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie aus. Vor allem diejenigen, die auch imperialistische Bestrebungen verfolgen, missachten die Regeln der Kooperation und bedrohen die internationale Rechtsordnung. Zudem besteht bei solchen Akteur*innen ein hohes Risiko, dass sie durch ihr Agieren zwischenstaatliche Spannungen einschließlich Risiken für unsere eigene Sicherheit erzeugen sowie schwierige Hindernisse für die Bewältigung gemeinsamer globaler Aufgaben schaffen.

Vor diesem Hintergrund müssen wir die Kooperationen mit Demokratien weltweit stärken und uns besser vor Bedrohungen unserer offenen Gesellschaft und unserer Sicherheit wappnen. Es kann bei Regelbrecher*innen keine Rabatte geben. Und zu den Regeln gehören die universellen Menschenrechte, das Gewaltverbot der UN-Charta und die staatliche Souveränität. Das Paradigma „Wandel durch Handel“ ohne klare Bedingungen ist gescheitert. Unsere Wirtschaftsaußenpolitik muss kohärent zu unseren außenpolitischen Zielen und Leitlinien sein.

Wir sind gefragt, autokratischen Staaten gegenüber unterschiedliche Kooperationsangebote nach Themenfeldern anzubieten, diese regelmäßig auf ihre Auswirkungen auf menschliche Sicherheit zu evaluieren und bei Bedarf Konsequenzen zu ziehen. Der Klimaschutz als Menschheitsaufgabe verpflichtet zur größtmöglichen Kooperation weltweit. Aber auch dann müssen Menschenrechtsverstöße und sie begünstigende Faktoren angesprochen und auf ihre Beseitigung hingearbeitet werden. Sektoralen Abhängigkeiten müssen wir durch Diversifizierung entgegentreten, unsere Lieferketten aktiv resilienter, gerechter und europäischer aufstellen.

Die Abhängigkeit von russischem Gas schränkt unsere heutigen Reaktionsmöglichkeiten auf diesen Krieg erheblich ein. Nord Stream 2 hätte nie gebaut werden dürfen. Denn das Projekt war

nicht nur klima- und energiepolitisch, sondern auch europa- und geopolitisch falsch. Die heutige Lage belegt einmal mehr, dass der Ausbau erneuerbarer Energien und alle Anstrengungen für mehr Klimaschutz eine zentrale Dimension von Sicherheitspolitik darstellen.

Das revisionistische Russland unter Vladimir Putin stellt eine Bedrohung der Sicherheit und Freiheit der Menschen in Europa dar. Wir suchen nicht die Konfrontation, sondern sind zu Kommunikation, gezielter Kooperation, zum Risikomanagement, zur Eskalationsvermeidung und Transparenz der Beziehungen bereit. Ein Partner wird Russland für uns aber nur in dem Maße sein können, wie es sich an internationales Recht hält. Unser Leitbild ist das gleiche Recht aller Staaten, wie es die UN-Charta vorsieht. Dabei treten wir für die Souveränität und territoriale Integrität aller Länder ein. Einer Ideologie, die auf das Recht des Stärkeren setzt, setzen wir die Herrschaft des Rechts entgegen.

Die Hegemonie-Ambitionen Chinas und seine aggressive Außenpolitik berühren unsere Werte und Interessen wie auch unsere Sicherheit. China negiert in vielen Bereichen die internationale Rechtsordnung. Die Niederschlagung der Demokratie-Bewegung in Hongkong, die aggressiven Drohungen gegen Taiwan, die schweren Menschenrechtsverbrechen gegen die Uigur*innen und die aggressive Expansionspolitik im südchinesischen Meer sind dafür exemplarisch. China versucht zudem immer öfter, seine wirtschaftliche Kraft zur Schaffung von Abhängigkeiten zu nutzen. Dem treten wir entschlossen entgegen. Dafür müssen wir auch national unsere Abhängigkeiten überprüfen und auf eine Strategie der wirtschaftlichen Diversifizierung setzen. Unter Berücksichtigung der systemischen Rivalität sind wir, wo möglich, zur Zusammenarbeit bereit und scheuen dabei nicht den Wettbewerb.

Russland und China weisen beide, trotz erheblicher Interessensunterschiede, eine gemeinsame autokratische Haltung auf, die die völkerrechtlich verbriefte Gleichberechtigung aller Staaten ablehnt. Auch vor diesem Hintergrund müssen wir verstärkt in unsere Partnerschaften investieren – gerade auch mit Ländern Afrikas, Lateinamerikas, der Karibik und im asiatisch-pazifischen Raum. Dazu zählt die Initiative Global Gateway der EU-Kommission. Einseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten wollen wir durch gemeinsame europäische Resilienz-Politik überwinden. Gegen Autoritarismus bleiben Demokratieförderung, insbesondere Maßnahmen zur Ausweitung von Räumen für die Zivilgesellschaft, zur Bekämpfung von Korruption und Nepotismus sowie die konkrete Solidarität für Menschenrechtsverteidiger*innen notwendig. Eine demokratische Front für die Schaffung von Regularien, um autokratische Mächte auch in ihrer digitalen Kriegsführung in die Schranken zu weisen, ist Teil davon.

Von Zeile 369 bis 408:

Der Vorrang für Abrüstung und Rüstungskontrolle war, ist und bleibt das zentrale Merkmal von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Friedenspartei. Dies gilt für alle Waffensysteme, ob nuklear, kleinkalibrig oder digital. Wir sehen die Gefahr regionaler und internationaler Aufrüstungsspiralen, die oft Eskalationsdynamiken und Unsicherheit befeuern. Daher wollen wir gerade in unsicheren Zeiten Rüstungskontrolle – auch für digitale Güter – stärken, Abrüstungsinitiativen wiederbeleben und, wo möglich, neue anstoßen. Die Stärkung des Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) muss im Zentrum unserer Bemühungen bleiben. Der Atomwaffenverbotsvertrag, bei dem Deutschland einen Beobachterstatus innehat, stellt eine wichtige Ergänzung des NVV dar. Trotz der enormen Herausforderungen durch die aktuelle Lage müssen wir uns zudem für ein Nachfolgeabkommen zum New-START-Vertrag einsetzen. Das Ziel unserer Bemühungen bleibt eine atomwaffenfreie Welt.

~~Als Grüne setzen wir uns seit langem für eine restriktive transparente und verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik ein. Für uns ist die Ausfuhr von Waffen kein Instrument der Industriepolitik. Die Regelungen zur Rüstungsexportkontrolle auf deutscher Ebene wollen wir mit einem Rüstungsexportkontrollgesetz stärken und uns auf EU-Ebene dafür einsetzen, ein verbindliches Regime zur europäischen Waffenexportkontrolle zu schaffen. Die von uns stets eingeforderte restriktive Rüstungsexportpolitik bleibt der Maßstab unseres Handelns. Das bedeutet, dass Exporte von Waffen an Diktaturen und Menschenrechtsverletzer*innen beendet werden müssen.~~

~~Unter dieser Maßgabe bedeutet das Selbstverteidigungsrecht nach Art. 51 der UN-Charta für uns als Friedenspartei, dass Staaten, die bedroht oder angegriffen werden, auch mit der Lieferung von Waffen unterstützt werden können. Davon unberührt müssen Exporte von Waffen, die zur Verletzung von Menschenrechten, für politische Aggressionen und diktatorische Repressionen eingesetzt werden, unterbunden werden, denn sie gefährden die Sicherheit und den Frieden weltweit. Gleichzeitig muss ausgeschlossen werden, dass Rüstungsgüter, die wir heute liefern, in Zukunft in die falschen Hände geraten. Bei Exporten sollen darum strenge, verbindliche und differenzierte Endverbleibs- und Post-Shipment-Kontrollen gesetzlich fest- und vorgeschrieben werden. Dies gilt auch für digitale Überwachungstools, beispielsweise identifizierende Gesichtserkennungssoftware, die es autokratischen Regierungen ermöglichen, unliebsame Aktivist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen, Medienschaffende oder Minderheiten zu verfolgen.~~

~~Um das beschlossene Sondervermögen sinnvoll nutzen zu können, müssen das Beschaffungswesen reformiert und die Beschaffungsmaßnahmen beschleunigt werden. Das beschlossene Beschaffungsbeschleunigungsgesetz ist hierfür ein erster wichtiger Schritt. Weitere Schritte in Richtung vertiefter europäischer Zusammenarbeit müssen folgen. Vor diesem Hintergrund ist auch die Stärkung eines eigenständigen europäischen Rüstungssektors von Bedeutung. Dazu gehört insbesondere die Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie – und dass Beschaffungen europäisch gedacht werden sollten, denn nationale Alleingänge sorgen nicht nur für höhere Preise, sondern auch für eine geringe Kompatibilität und Interoperabilität zwischen den Streitkräften.~~

Der Vorrang für Abrüstung und Rüstungskontrolle war, ist und bleibt das zentrale Merkmal von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN als Friedenspartei. Dies gilt für alle Waffensysteme, ob nuklear, kleinkalibrig oder digital.

Die aktuelle massive Hochrüstung Deutschlands (Erfüllung des NATO-2-Prozent-Ziels und das „Sondervermögen Bundeswehr“) steht unserem Anspruch an ein friedliches Zusammenleben der Menschheit entgegen: Sie befeuert das globale Wettrüsten, verschärft nationale Abschottung und eskalative Konfrontation und richtet sich gegen die kooperative Entwicklung der Menschheit, in der alle Menschen „frei und gleich an Würde und Rechten“ leben und sich „im Geiste der Brüderlichkeit begegnen“ können (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, 1948). Mit produktiven Investitionen für eine soziale, ökologische, demokratische und zivile Wende anstelle der Ausschöpfung der Kreditrahmens „Sondervermögen für die Bundeswehr“ machen wir einen ersten Schritt aus der Aufrüstungsspirale und übernehmen Verantwortung für die weltweite, umfassende Realisierung der Menschenrechte.

Anknüpfend an die erfolgreiche Entspannungspolitik der 1960er-, 1970er- und 1980er-Jahre

wollen wir zur Wiederaufnahme und Ausbau konkreter internationaler Abrüstungsabkommen beitragen.

Waffen schaffen keinen Frieden – mit dieser grundlegenden und weitreichenden Einsicht stehen wir auch an der Seite der „March for our lives“-Bewegung in den USA, die als Konsequenz eines weiteren Massenshootings in Parkland in den vergangenen Jahren mehrere hunderttausend Menschen für eine massive Verschärfung des Waffenrechts auf der Straße versammelte. Die Schaffung sozialer Verhältnisse, in denen sich alle Menschen als Gleiche erkennen und begegnen können und rationale Verständigung, Interessenausgleich und argumentative Auseinandersetzung die gegenseitige Bezugnahme bestimmen, ist unser geteiltes Anliegen.

Dagegen hat die internationale Rüstungsindustrie ein enormes Interesse an der Aufrechterhaltung kulturell verrohter Verhältnisse und der Entfachung stetig neuer kriegerischer Auseinandersetzungen zur Steigerung des Profits mit dem Tod. So stiegen exemplarisch die Aktienpreise der deutschen Rüstungsunternehmen am Tag der Ankündigung des „Sondervermögens für die Bundeswehr“ in der Erwartung künftig gesicherter Rendite durch die Decke. (2)

Mit der Einführung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes arbeiten wir an einer deutlichen Verschärfung der Waffenexporte. Gemäß unseres Grundsatzprogrammes arbeiten wir daran, Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete zu unterbinden, dabei wollen wir auch bisherige Schlupflöcher schließen. Langfristig wollen wir den Export von Waffen grundsätzlich verbieten. So ermöglichen wir diplomatische Initiativen und können unsere Rolle als Vermittlerin in Verhandlungen zwischen Konfliktparteien ausbauen.

Das Ziel unserer Bemühungen bleibt eine atomwaffenfreie Welt. Zur konsequenten Erfüllung des Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) beenden wir die Stationierung US-amerikanischer Atomwaffen in Büchel. Außerdem wollen wir dem Atomwaffenverbotsvertag beitreten, um in Zeiten großer Eskalationsdynamiken den ersten Schritt in Richtung Deeskalation voranzugehen.

Von Zeile 411 bis 465:

~~Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die bereits bestehenden globalen Krisen noch weiter verschärft. Der Ausfall der Getreideexporte aus der Ukraine und Russland offenbart die Abhängigkeiten insbesondere der Länder des Globalen Südens von Nahrungsmittelimporten und verstärkt die Hungerkrise. Auch die Verschuldungskrise nimmt ihnen fiskalischen Spielraum, um angemessen auf die steigenden Nahrungsmittel- und Energiepreise, auf die Auswirkungen der Klimakrise oder Pandemien reagieren zu können. Dringend nötige Investitionen in eine nachhaltige Entwicklung und Transformation – im Sinne der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 (SDGs) und der Pariser Klimaziele – unter anderem für eine Agrar-, Energie- und Mobilitätswende bleiben somit auch wegen dieser Dynamiken aus. Um globale Gerechtigkeit voranzutreiben, wollen wir die Polykrisen unserer Zeit gemeinsam mit unseren Partner*innen effektiv bekämpfen, Ungleichheiten abbauen und resiliente sowie demokratische Strukturen und Zivilgesellschaften stärken. Entwicklungspolitik verstehen wir als eine gerechte und geostrategische Strukturpolitik.~~

~~Unser koloniales Erbe mahnt uns, uns für das Aufbrechen globaler Machtstrukturen einzusetzen und eine dekoloniale Strukturpolitik umzusetzen. Wir wollen unter anderem~~

~~Stimmrechtsreformen bei den Entwicklungsbanken anstoßen, um für ein gerechteres Stimmverhältnis zu sorgen.~~

~~Ein wichtiger Schritt hin zur Ernährungssouveränität ist Verteilungsgerechtigkeit. Landwirtschaftliche Flächen sollen stärker für lokale Lebensmittelproduktionen und weniger für Treibstoffe, Futtermittel oder für den Verkauf vorgesehene Anbaufrüchte verwendet werden. Der Anbau sollte entsprechend der Nachfrage mehr auf lokale und regionale klimaresiliente Sorten gefördert und lokal vermarktet werden. Dies muss folgerichtig einhergehen mit einer Reduktion des Treibstoffverbrauchs und des Fleischkonsums vor allem in den Ländern des Globalen Nordens. Die Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen wollen wir stärken. Dabei spielen insbesondere Landrechte – gerade auch für Frauen – eine essenzielle Rolle. Den Zugang zu freiem Saatgut und Möglichkeiten zur lokalen Vermarktung wollen wir fördern, zum Beispiel bei der Gründung von Produktions- und Absatzgenossenschaften. Nahrungsmittel- und Wasserspekulationen werden wir stärker regulieren. Durch diese Maßnahmen kann die Abhängigkeit von Staaten vom Getreideweltmarkt reduziert werden.~~

~~Die Covid-19-Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass resiliente Gesellschaften funktionierende soziale Sicherungssysteme brauchen. Wir wollen weltweit soziale Sicherungssysteme stärken und setzen uns dafür ein, dass ein Globaler Fonds für soziale Sicherung im Rahmen der UN-Initiative „Global Accelerator for Jobs and Social Protection“ verankert wird, dessen Governance-Strukturen dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria gleichen.~~

~~Wir erleben global eine dramatische Verschuldungskrise, die seit der Covid-19-Pandemie neue Ausmaße gerade in den Ländern des Globalen Südens erreicht hat. Das Schuldenmoratorium der G20 für die 77 ärmsten Länder hat einen wertvollen zeitlichen Spielraum geschaffen. Unser Ziel ist ein neuer internationaler Konsens zum Schuldenmanagement. Wir unterstützen eine Initiative für ein kodifiziertes internationales Staateninsolvenzverfahren, das öffentliche und private Gläubiger*innen miteinbezieht und Schuldenerleichterungen für besonders gefährdete Ländergruppen vorsieht.~~

~~Feministische Entwicklungszusammenarbeit ist Teil der feministischen Außenpolitik und bedeutet, den Bedürfnissen der global ausgegrenzten und vulnerabelsten Menschen endlich Aufmerksamkeit zu schenken. Wir setzen uns dafür ein, dass zivilgesellschaftliche und insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus Ländern des Globalen Südens nach dem Vorbild des kanadischen „Equality Fund“ direkt gefördert werden.~~

~~In autokratischen Kontexten müssen wir uns schließlich bewusst sein, dass die Logik von Regimestabilisierung oft im Widerspruch zu den Zielen von gerechter und nachhaltiger Entwicklung steht. So werden finanzielle Ressourcen über Korruption und Nepotismus häufig nach Loyalitäten gegenüber einer autokratischen Staatsführung verteilt. Gerade in solchen Kontexten ist es daher besonders wichtig, sich nicht nur auf Projektebene, sondern auch in Regierungsverhandlungen für mehr Freiräume für die lokale Zivilgesellschaft, für unabhängige Medien und die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen.~~

Investitionen in eine nachhaltige Entwicklung und Transformation – im Sinne der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 (SDGs) und der Pariser Klimaziele – unter anderem für eine Agrar-, Energie- und Mobilitätswende sind insbesondere in den bisher in Unterentwicklung gehaltenen Ländern des Globalen Südens, die unter Pandemie und

Kriegsfolgen besonders leiden, dringend erforderlich. Um globale Gerechtigkeit voranzutreiben, wollen wir Ungleichheiten abbauen und resiliente sowie demokratische Strukturen und Zivilgesellschaften stärken. Entwicklungspolitik verstehen wir als eine gerechte weltweite Strukturpolitik.

Unser koloniales Erbe und dessen Fortsetzung in ausbeuterischen Handelsbeziehungen („Rohstoffe für Fertigprodukte“) mahnt uns, uns für das Aufbrechen globaler Machtstrukturen einzusetzen und eine dekoloniale Strukturpolitik umzusetzen. Wir wollen unter anderem Stimmrechtsreformen bei den Entwicklungsbanken anstoßen, um für ein gerechtes Stimmverhältnis zu sorgen.

Freihandelsabkommen, die koloniale Strukturen fortschreiben, indem sie die Konkurrenz auf dem Weltmarkt verschärfen und daher insbesondere zu Lasten der weniger weit entwickelten Wirtschaften gehen, lehnen wir als Konsequenz aus den aktuellen Zuspitzungen bei der Ernährungssicherheit umso entschiedener ab. Um stattdessen Fortschritt, Wertschöpfung und die demokratische Verfügung über die Landnutzung im Globalen Süden auszubauen, arbeiten wir künftig verstärkt mit zivilgesellschaftlichen Organisationen weltweit zusammen, die bereits heute für diese Ziele und gegen Freihandel aktiv sind.

Wir erleben global eine dramatische Verschuldungskrise, die seit der Covid-19-Pandemie neue Ausmaße gerade in den Ländern des Globalen Südens erreicht hat. Das Schuldenmoratorium der G20 für die 77 ärmsten Länder hat einen wertvollen zeitlichen Spielraum geschaffen. Unser Ziel sind umfassende Schuldenerlasse, durch die wir mit der Schuldumkehr der ehemaligen Kolonialstaaten Schluss machen. Hierfür setzen wir uns insbesondere für rechtssichere Verfahren für Klagen gegen illegitime Schulden nach dem Vorbild Ecuadors ein.

Ein wichtiger Schritt hin zur Ernährungssouveränität ist Verteilungsgerechtigkeit. Der produktiven und ökologisch nachhaltigen Landnutzung steht die Machtkonzentration in den Händen von wenigen Großkonzernen der Saatgut- sowie Nahrungsmittelindustrie wie Bayer und Nestlé entgegen. Diese müssen demokratisch in die Schranken gewiesen werden: Wir setzen uns zum Ziel, jegliche Spekulationen mit Lebensmitteln und Trinkwasser zu beenden und arbeiten dafür verstärkt mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen. (3)

Die Stärkung der Zivilgesellschaften und ihres Engagements braucht gesicherte Lebensbedingungen. Daher haben in Krisensituationen humanitäre Hilfe und Ernährungssicherheit für uns oberste Priorität – auch in Situationen politischen Konflikts. Das bedeutet beispielsweise, diejenigen Sanktionen gegen das Taliban-Regime in Afghanistan sofort aufzuheben, die die Versorgung der Bevölkerung behindern. (4&5) Auch ein schnellstmöglicher Ausstieg aus den gegen Russland verhängten Sanktionen ist zu erwirken: Diese erreichen das erzielte Nachlassen Russlands nicht, schränken aber die Versorgung mit bezahlbaren Nahrungsmitteln zusätzlich ein – in Europa und umso stärker den vulnerabelsten Gruppen in den Schwellen- und Entwicklungsländern.

Die Covid-19-Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass resiliente Gesellschaften funktionierende soziale Sicherungssysteme brauchen. Wir wollen weltweit soziale Sicherungssysteme stärken und setzen uns dafür ein, dass ein Globaler Fonds für soziale Sicherung im Rahmen der UN-Initiative „Global Accelerator for Jobs and Social Protection“

verankert wird, dessen Governance-Strukturen dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria gleichen.

Begründung

Für menschliche Sicherheit und eine feministische Außenpolitik
1) Im Ursprungstext ist irreführend vom im Kontext der Vereinten Nationen entwickelten Konzept menschlicher Sicherheit die Rede – letztlich wird mit dem Begriff für die alte staaten- und abschreckungszentrierten Logik militärischer Sicherheit (6) geworben, die bereits im Einleitungsteil in der Vermischung der Sicherheit „des Westens“ mit der Sicherheit der Menschen in der Ukraine zum Ausdruck kommt. Eine Kritik von hierarchischen Männlichkeitsidealen, Nationalismus und Rassismus in der Bundeswehr (wie in anderen Armeen) kommt ebenso wenig vor wie die absehbaren Auswirkungen der Stärkung der gesellschaftlichen Rolle der Bundeswehr auf die gesamte Bevölkerung oder ein Bekenntnis zum Schutz von allen Deserteur:innen. (7) Im virtuellen Raum gelten dieselben Grundsätze: Eine konfrontative Politik schadet. (8) Zivilisierte und gerechte Kriege gibt es nicht – ihre Folgen insbesondere für die vulnerabelsten Gruppen sind ein Ergebnis der mit Krieg notwendigerweise einhergehenden Brutalisierung und ein weiterer Grund dafür, dass alle Kriege beendet werden müssen.

2) Die derzeitige Politik der vermehrten Förderung von Kohleabbau und Frackinggas steht dem 1,5-Grad-Ziel im Wege. Das lässt sich nicht schönreden und ist durchschaubar – so wird aus der Stiftung Wissenschaft und Politik gewarnt, „für die lateinamerikanischen Staaten [sei] kein konsistentes Erwartungsprofil der Europäer erkennbar, wenn diese ihre Nachfrage nach Kohleimporten aus der Region erhöhen, gleichzeitig aber Fortschritte bei der dortigen Dekarbonisierung einfordern“. (9) Die geographische Lage Russlands in Europa ist ein Fakt, der sich weder mittel- noch langfristig ändern wird. Vernünftig ist insofern als dauerhafte Perspektive eine gleichberechtigte Energiekooperation, die nicht auf fossilen Brennstoffen beruht und damit für keine Seite zu machtpolitischem Missbrauch taugt.

3) Das Vertrauen in die Medien ist insbesondere bei Kindern und Jugendlichen extrem gering. (10) Gegen Desinformation aller Art – sei es aus Russland oder aus Deutschland – sind insgesamt eine Förderung kritischer Bildung sowie eine Demokratisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erforderlich. Ein verlässlicher öffentlicher Rundfunk ohne gefärbte Berichterstattung oder Vorteilsnahme, die derzeit in mehreren Fällen vermutet wird, ist eine wichtige Stütze für eine mündige Bevölkerung. Dies gilt umso mehr im Konflikt mit Forderungen von rechter Seite, den öffentlichen Rundfunk insgesamt zu beschneiden. (11&12&13)

Das Friedensversprechen Europas erneuern
1) Im Ursprungstext wird von der Europäischen Union als Garantie für den Frieden gesprochen, dabei werden die aktuellen insbesondere europäischen Aufrüstungsvorhaben und die fortschreitende Militarisierung der EU im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik unterschlagen. So gibt es seit sogenannte EU-Battlegroups und die Planung eines zukünftigen deutsch-französisch-spanischen Luftkampfsystems, das Kampfflugzeuge, die im Verbund mit bewaffneten und unbewaffneten Drohnen fliegen, umfasst. Die EU-Mission im Sahel,

2) Laut unter anderem einem UN-Untersuchungsbericht gibt es „vernünftige Gründe“, davon auszugehen, dass in den Geflüchtetenlagern in Lybien Verbrechen gegen die Menschheit wie Mord, Folter, illegale Gefangennahme, Vergewaltigung und andere »unmenschliche Taten« begangen werden. In einem Bericht (14) machte Amnesty International zudem unmissverständlich klar, dass

die Europäische Union eine große Mitschuld an den Verhältnissen in den Lagern trage. Die Zustände seien »kein Unfall, sondern das bewusst herbeigeführte Ergebnis eines von der EU unterstützten Systems, das darauf abziele, die Flucht übers Mittelmeer „um jeden Preis“ zu unterbinden. Die Abschottungspolitik der EU widerspricht dem völkerrechtlichen Gebot, Menschen in Not in einen sicheren Hafen zu bringen. Außerdem: Tatkräftige Unterstützung der sogenannten Grenzschutzagentur Frontex bei den völkerrechtswidrigen »Pushbacks« der griechischen Küstenwache.

3) Mit dem rigiden, maßgeblich von der deutschen Bundesregierung über ganz Europa verhängten Verzichtsgebot der haushaltspolitischen Austerität wurde 2008 infolge der globalen Finanzkrise verfassungsrechtlich abgesichert, dass nicht die Banken und Finanzinvestoren für die horrenden Schäden ihrer zerstörerischen Spekulationsgeschäfte zur Kasse gebeten werden, sondern stattdessen die europäische Bevölkerung durch massive Kürzungen der öffentlichen Mittel für soziale Sicherungssysteme, Daseinsvorsorge und Infrastruktur stets die Gewinneinbußen der Superreichen auszugleichen habe. Das schafft Nährboden für rechte Parteien überall in Europa. (15)

Für Kooperation und Multilateralismus gerade in Zeiten des Konflikts
Dass immer mehr Länder den (wenig dekolonialen) Vormacht-Anspruch der USA nicht mehr teilen, ist mehr eine Chance denn eine Bedrohung – wenn wir sie annehmen.

1) Exemplarisch für die Sicht des Globalen Südens auf den Ukraine-Krieg und die westliche Umgangsweise stehen die Darlegungen des sozialdemokratischen aussichtsreichen Präsidentschaftskandidaten Lula da Silva, der im Oktober gegen Bolsonaro antreten wird: “Putin shouldn’t have invaded Ukraine. But it’s not just Putin who is guilty. […] If you want peace, you have to have patience. They could have sat at a negotiating table for 10, 15, 20 days, a whole month, trying to find a solution. I think dialogue only works when it is taken seriously. […] In the same way that the Americans persuaded the Russians not to put missiles in Cuba in 1961, Biden could have said: “We’re going to speak a bit more. We don’t want Ukraine in NATO, full stop.” That’s not a concession. Let me tell you something: if I were President of Brazil and they said to me, “Brazil can join NATO,” I’d say no. […] The U.N. isn’t taken seriously by governments today, because each one makes decisions without respecting it. Putin invaded Ukraine unilaterally, without consulting the U.N. The U.S. is used to invading countries without asking anyone and without respecting the Security Council. So we need to rebuild the U.N., to include more countries and more people. If we do that, we can start to improve the world.” (16)
Hierbei wird auf die lange Geschichte der US-Militärinterventionen angespielt, die neben den ebenso zahlreichen US-unterstützten Staatsstreichen gegen souveräne Regierungen anderer Länder (17) ein Grund dafür sind, dass zahlreiche Staaten die Sanktionen gegen Russland als heuchlerisch und nicht hilfreich einstufen und sie deshalb nicht mittragen. (18) „Die westliche Darstellung des Krieges als globale Herausforderung überzeugt nicht, denn im Ringen zwischen den Großmächten der Welt haben kleinere und mittlere Staaten im globalen Süden wenig zu gewinnen und viel zu verlieren. […] Es überrascht daher nicht, dass nur eine Minderheit der 141 Staaten, die Russland in den Vereinten Nationen verurteilt haben, sich auch den Sanktionen angeschlossen hat. Getragen werden diese von den Staaten Europas, den angelsächsischen Demokratien sowie deren ostasiatischen Verbündeten Südkorea und Japan (plus dem Kleinstaat Singapur). Man muss es sich an der schlichten Zahl klarmachen: Von den zehn bevölkerungsreichsten Staaten der Erde beteiligen sich lediglich die USA an den Sanktionen.“ (19)
Weitere Prominente Forderungen nach Diplomatie statt Militarisierung kommen unter anderem aus

Indien (20) und Südafrika (21). An diesen und an dem Friedensappell von António Guterres (23) können wir uns orientieren.

2) Der Blick in die Geschichte der NATO zeigt darüber hinaus, dass das Vorgehen der Türkei gegen die kurdische Bevölkerung in Syrien und im Irak keine Ausnahme ist. Spätestens die Schäden durch die NATO-Kriegsführung zur Wahrung ihrer Einflusssphären in Afghanistan zeigen auf, dass es sich bei der NATO nicht um ein Verteidigungsbündnis handelt. In unserem Grundsatzprogramm heißt es: „Die NATO leidet unter divergierenden sicherheitspolitischen Interessen innerhalb der Allianz bis hin zur gegenseitigen militärischen Bedrohung. Ihr fehlt in dieser tiefen Krise eine klare strategische Perspektive.“ Von der dort empfohlenen strategischen Neuausrichtung ist nichts zu bemerken. Fortwährend töten deutsche Waffen im Jemen und verursachen eine unsägliche humanitäre Krise. (24) Eine friedenspolitische Zeitenwende würde bedeuten, der bisherigen Kritik an der NATO stärker nachzugehen und die deutsche Beteiligung am Krieg in der Ukraine durch Waffenlieferungen und die im Einleitungskapitel des Ursprungsantrag hervorgehobene Ausbildung von Soldaten zu beenden, die unter keinem UN-Mandat steht.

3) Auch die elitäre Weltpolitik des exklusiven G7-Bündnisses hat ausgedient: Argentinien und weitere Länder des Globalen Südens sehen im BRICS-Bündnis bereits heute eine inklusivere Alternative. (25)

Gegen die Herausbildung von Autokratien: Weltordnung demokratisieren!
1) Die politischen und medialen Reaktionen auf den aktuellen Angriffskrieg Azerbaijans auf Armenien zeigt: Die Verurteilung „autokratischer“ Staaten richtet sich nach eigenen wirtschaftlichen Interessen und zeugt von einem instrumentellen Spiel mit notwendiger weltweiter Demokratisierung und Realisierung der Menschenrechte. Azerbaijan ist trotz Korruptionsproblemen und weitreichenden Demokratiedefiziten von der Europäischen Union zum „vertrauenswürdigen Partner“ erklärt worden, weil Azerbaijan mit seinem Öl zukünftig verstärkt als Energielieferant dienen soll. Darüber hinaus gibt es schwerwiegende Vorwürfe Korruptionsvorwürfe gegen einige Europaabgeordnete der CDU, die sich u.a. für Abstimmungen über Berichte von Menschenrechtsverletzungen in Aserbaidschan bezahlen ließen. (26)

2) Insbesondere die USA bekämpfte in den vergangenen Jahrzehnten soziale und demokratische Entwicklungen durch die Befreiung von fortgesetzter Ausbeutung durch westliche Unternehmen in den Ländern des globalen Süden. In Chile putschte 1973 das Militär unter Agosto Pinochet mit Hilfe der CIA den ersten demokratisch gewählten sozialistischen Präsidenten, Salvador Allende, weil umfängliche Verstaatlichungen aller relevanten Industrien, eine grundlegenden Agrarreform gegen die Armut auf dem Land, die Garantie und Verwirklichung umfassender sozialer Rechte wie kostenloser Gesundheitsversorgung, gebührenfreie Bildung, massiver Wohnungsbau und eine kostenlosen Grundnahrungsversorgung die gesamte Südhalbkugel elektrisierte und zur Nachahmung anregte sowie die Profite inländischer und ausländischer Wirtschafts-Eliten massiv bedrohte. (27)

3) Die Einführung von Sanktionen ist primär nicht ethisch, sondern ökonomisch motiviert. So sollen die Sanktionen gegen russisches Gas das viel teurere US-amerikanische Frackinggas doch noch verkaufbar machen, während Uran aus Russland weiterhin nach Deutschland und in andere europäische Länder geliefert wird. (28)

Vorrang für Abrüstung und Rüstungskontrolle
1) Die urgrüne Forderung „Keine Waffen in Kriegs- und Krisengebiete“ soll im Zuge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine auf dem Müllhaufen der Geschichte landen. Das neue

Rüstungsexportkontrollgesetz soll zentrale Einschränkungen für deutsche Rüstungsexporte abschaffen und Waffenlieferungen an sogenannte „Wertepartner“ erleichtern. (29) Das freut die Rüstungsindustrie.

2) Deutschlands Verteidigungshaushalt wurde zwischen 2014 und 2021 bereits um 43% erhöht und ist der achtgrößte Militärhaushalt der Welt. Die weitere drastische Erhöhung der jährlichen Militärausgaben auf über 2% des Bruttoinlandsprodukts – von rund 47 Milliarden Euro 2021 auf zukünftig etwa 70 Milliarden Euro pro Jahr – und ein Bundeswehr-Sondervermögen von 100 Milliarden Euro werden mit der Abschreckung der russischen Armee begründet. Doch Abschreckung ist kein wirksames Mittel für Frieden.

Für eine gesicherte und gerechte Welternährung – eine Strukturpolitik gegen die globalen Krisen

Kolonial ist nicht nur die Vergangenheit, sondern auch weite Teile der heutigen Handelspraxis. Das Erreichen von Ernährungssicherheit gelingt nur im Konflikt mit den Profiteur:innen dieses Systems.

1) Wie auch der Antrag V-14: „Recht auf Nahrung sichern und Spekulationen stoppen – jetzt mit der Agrarwende für Ernährungssouveränität sorgen“ darlegt, sind die Spekulationen ein Kernproblem. Neben Technologie-, Energie- und Pharmakonzernen gehören die Nahrungsmittelkonzerne zu den größten Profiteuren der Corona-Krise: Der Reichtum der Milliardär:innen des Lebensmittel- und Agrarsektors ist in den letzten zwei Jahren um 45 Prozent gestiegen ist und 62 Aktionär:innen dieses Sektors sind neu in die Gruppe der globalen Milliardär:innen eingetreten. Ausführlich lassen die gigantischen Gewinne der Nahrungsmittelkonzerne und ihrer Aktionär:innen in einem Bericht von Oxfam aus dem Mai 2022 nachverfolgen, der mit Daten der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen arbeitet. (30)

Silvia Ribeiro, Leiterin der Lateinamerika-Abteilung der Grupo de Acción sobre Erosión, Tecnología y Concentración (ETC) zeigt mit den unethischen Prinzipien, aufgrund derer die aktuellen Hungerkrisen überhaupt entstehen, die Möglichkeit ihrer politischen Überwindung deutlich, für die wir in Deutschland neben den USA besondere Verantwortung tragen: „Vom Saatgut bis zu den Supermärkten, über den Getreidehandel bis hin zur Verarbeitung von Lebensmitteln und Getränken, kontrollieren vier bis zehn Unternehmen den Großteil des Weltmarktes in jedem Glied der Kette. […] Cargill, der weltweit größte Getreidehändler und drittgrößter Konzern bei der industriellen Tierhaltung, erzielte im Jahr 2021 Nettoeinkünfte in Höhe von fünf Milliarden Dollar, den größten Nettogewinn seiner gesamten Geschichte. [Anmerkung: 78% der Cargill-Anteile befinden sich im Besitz der elftreichsten Familie der Welt] […] Das agroindustrielle Nahrungsmittelsystem, das von transnationalen Oligopolen kontrolliert wird, ist die strukturelle Hauptursache für die Lebensmittelkrisen, für die Hungersnöte und auch für die Krise der Immunschwäche als Folge der Verbreitung von Junkfood und Essen mit schlechter Nährwertqualität. […]Es erfordert den Aufbau von Ernährungssouveränität, nicht im Sinne von Isolierung und Grenzschließung, sondern so, wie es La Vía Campesina vorschlägt: Unter Anerkennung der Rechte und mit realer Unterstützung der kleinbäuerlichen, nachhaltigen, agrarökologischen Produktion auf lokalen und nationalen Märkten, in solidarischen und sozial verantwortungsvollen Systemen, die verhindern, dass Konzerne etwas so Unverzichtbares kontrollieren und ihren Spekulationen unterwerfen, wie das Essen für uns alle.“ (31)

2) Es fehlt nicht an Vorschlägen, wie Kleinbauern am besten ihr Land bestellen, sondern wir müssen uns direkt mit den politischen und wirtschaftlichen Hemmnissen anlegen. Dafür müssen wir von den

globalen zivilgesellschaftlichen Bewegungen lernen. (32) Zu den politischen Hemmnissen gehört insbesondere der Freihandel, der die Machtposition großer Konzerne gegenüber den demokratischen Verfassungen und Prozessen festigt – unter anderem, aber nicht ausschließlich, durch die Praxis der umstrittenen Schiedsgerichte. Welche negativen Auswirkungen Freihandelsabkommen auf Ernährungssicherheit durch die Rechte auf Landnutzung, Landwirtschaft ohne Pestizide, Unabhängigkeit von genmanipuliertem und teurem Saatgut und einen Ausbau der Produktion von verarbeiteten Produkten statt bloßen Rohstoffen hat, zeigen am Beispiel des aktuell erneut diskutierten EU-Mercosur-Deals Studien von NGOs wie Misereor und Greenpeace auf. (33) Diese machen auch deutlich, dass das Problem nicht etwa in einer „Rückständigkeit“ der Länder des Globalen Südens liegt, sondern in der Intransparenz und den Demokratiedefiziten der EU-Kommission und mahnen zur vorgesehenen Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. (34) Soll aus der kolonialen Geschichte wirklich gelernt und ihre heutigen Auswirkungen gewendet werden, dürfen Schuldenschnitte nicht länger als Gnadenakt dargestellt werden. (35) Neben Aufschüben sind Erlasse in beträchtlichem Umfang bereits jetzt möglich – für ihren Ausbau können wir uns einsetzen. (36)

3) Auch zur Verbesserung der Ernährungslage muss der Krieg in der Ukraine sofort beendet werden. Darüber sollte jedoch nicht vergessen werden, dass die größten Hungerkatastrophen aktuell in Afghanistan, Jemen, Syrien, Eritrea, Somalia und der Demokratischen Republik Kongo drohen – aufgrund der dortigen kriegerischen Auseinandersetzungen. (37) Frieden kann nur mit friedlichen Mitteln geschaffen werden. Wirtschaftssanktionen schaden in der Regel unmittelbar den ohnehin von Krieg betroffenen Bevölkerungen (siehe Afghanistan), sie tragen auch aktuell zu den exorbitanten Energiepreisen bei, die die Nahrungspreise nach oben treiben und sind auch aus diesem Grund als friedensstiftendes Mittel ungeeignet. Die ehemalige US-Diplomatin Madeleine Albright, die 1996 erklärte, der Tod von mehr als 500.000 irakischen Kindern durch die von den USA verhängten Sanktionen sei „es wert“ gewesen, sollte uns ein abschreckendes Beispiel und keine Lehrerin sein. (38)

weitere Antragsteller*innen

Claudia Laux (KV Ahrweiler); Stephan Wiese (KV Lübeck); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Michael König (KV Nienburg); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Franz Florian Krause (KV Hamburg-Wandsbek); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Birgitta Tremel (Hannover RV); Uta Lentföhr-Rathjen (KV Neumünster); Frank Schellenberger (KV Odenwald); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Horst-Dieter Witt (KV Ludwigslust-Parchim); Dr. Christopher Schmidt (KV Lahn-Dill); Josef Reitemann (KV Märkisch-Oderland); Andreas Müller (KV Essen); Lene Greve (KV Hamburg-Altona); sowie 57 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.